

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| 41. <i>Krankenhausinvestitionsförderung KIF – Richtlinien</i>                 | 44. <i>Richtlinien für gemeinnützige Hilfstätigkeiten von Asylwerbern</i> |
| 42. <i>Verpackungen – Entsorgung nach dem Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz</i> | 45. <i>Aktion Kunst im öffentlichen Raum</i>                              |
| 43. <i>Wildbach- und Lawinenverbauung und Sachverständigengutachten</i>       | <i>Verbraucherpreisindex für Juli 2006 (vorläufiges Ergebnis)</i>         |

## 41.

### Krankenhausinvestitionsförderung KIF – Richtlinien

(Beschluss der Landesregierung vom 23. Mai 2006)

#### § 1

##### Rechtsgrundlage

(1) Das Land Tirol fördert aus der Haushaltsstelle 1/561005-7355000 „Zuwendung für Investitionszwecke an Gemeinden“ Investitionen der Bezirkskrankenhäuser.

(2) Die Förderung wird nach den gegenständlichen Richtlinien abgewickelt.

#### § 2

##### Förderungsempfänger

Förderungen können den Gemeindeverbänden Bezirkskrankenhaus Lienz, Bezirkskrankenhaus Kufstein, Bezirkskrankenhaus Hall i. T., Bezirkskrankenhaus Schwaz, Bezirkskrankenhaus St. Johann i. T., Bezirkskrankenhaus Reutte, der Stadtgemeinde Kitzbühel (a. ö. Stadtkrankenhaus Kitzbühel) und dem Orden der Barmherzigen Schwestern (a. ö. Ordenskrankenhaus St. Vinzenz Zams) gewährt werden.

#### § 3

##### Förderungsgegenstand

(1) Gegenstand der Förderung sind Investitionen für Neu, Zu- und Umbauten und deren Einrichtung, die der Erweiterung des Umfanges oder des Zweckes der Krankenanstalt dienen und deren Investitionsausgaben nicht als Betriebsausgaben, zu denen Betriebszuschüsse gewährt werden, anzusehen sind.

(2) Von der Förderung ausgeschlossen sind:

a) Investitionen, die nicht unmittelbar dem Betrieb

der Krankenanstalten dienen (z. B. Kindergärten, Personalunterkünfte udgl.);

b) Investitionen, für die eine Förderung nach anderen Rechtsvorschriften des Landes gewährt wird (z. B. Wohnbauförderung).

(3) Auf die Gewährung von Förderungen aus der Krankenhaus-Investitions-Förderung besteht kein Rechtsanspruch.

#### § 4

##### Art der Förderung

Förderungen können als nicht rückzahlbare Zuschüsse zu den Gesamtkosten von Investitionen im Sinn des § 3 Abs. 1 gewährt werden.

#### § 5

##### Ausmaß der Förderung

(1) Als Förderung kann ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in der Höhe von bis zu 25 v. H. der Investitionsausgaben abzüglich der daraus entstanden Rückerträge von Ausgaben (Inserate, Ausschreibungsunterlagen, Bauschäden, Versicherungsbeiträge, udgl.) gewährt werden.

(2) Bei der Festsetzung des Ausmaßes der Förderung ist auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Trägers der Krankenanstalt und die Belastung, die ihm aus der Krankenanstalt erwächst, Bedacht zu nehmen.

(3) Werden für eine Leistung oder Lieferung im Rahmen des Vorhabens festgestellte Ausgaben zweckgebundene Zuschüsse oder Spenden gewährt, so ist das

Ausmaß der Förderung soweit zu kürzen, dass keine Überförderung der Leistung oder Lieferung erfolgt.

## § 6

### Förderungsvoraussetzung

(1) Eine Förderung darf nur gewährt werden, wenn

a) die zu fördernden Investitionen mit dem Tiroler Krankenanstaltenplan übereinstimmen,

b) die zu fördernde Investition mit der von der Landesregierung festgelegten Dringlichkeitsreihung übereinstimmt, sofern der Tiroler Krankenanstaltenplan darüber keine Aussage enthält,

c) die Planung und Objektbeschreibung auf Basis der Raum-, Funktions- und Qualitätsbeschreibung sowie des Terminablaufplanes (Bauzeitplan) insoweit abgeschlossen ist, dass vom Architekten und den Sonderfachleuten eine Kostenberechnung der Errichtungskosten in der Gliederung nach ausschreibungsgerechten Gewerken von +/- 10% garantiert werden kann,

d) die Aufbringung der nach Abs. c erstellten Kostenberechnung erforderlichen Mittel entsprechend dem vorgelegten Finanzierungsplan nachgewiesen wird,

e) der Rechtsträger, um den Finanzierungsanteil über Darlehen möglichst gering zu halten, analog zum Landeszuschuss ab Baubeginn einen angemessenen Investitionsbeitrag leistet.

(2) Hinsichtlich der Übereinstimmung der zu fördernden Investition mit dem Tiroler Krankenanstaltenplan im Sinn des Abs. 1 lit. a ist das Einvernehmen mit der Abteilung Krankenanstalten herzustellen.

(3) Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen dieser Richtlinien erlischt, unbeschadet bereits erteilter Zusagen, jeder Anspruch auf Gewährung und/oder Auszahlung von Zuschüssen.

## § 7

### Förderungsansuchen und Unterlagen

Anträge auf Gewährung einer Förderung sind beim Amt der Tiroler Landesregierung (Abteilung Gemeindeangelegenheiten) einzubringen.

Mit dem ersten Antrag zu jedem Vorhaben sind die zu ihrer Beurteilung nach diesen Richtlinien erforderlichen Unterlagen, wie Projektbeschreibung mit Planunterlagen, Ausführungsbeschreibung, Baukostenberechnung, Bauzeitplan, Finanzierungsplan, Finanzmittelbedarf, Verträge der Architekten, Sonderfachleute udgl., Beschlüsse der zuständigen Organe sowie alle dazu erteilten behördlichen Genehmigungen und Gutachten vor Ort bereitzuhalten.

Bei jedem weiteren Antrag sind die Änderungen zu den im Abs. 1 angeführten Unterlagen, eine Darstellung der Bauabwicklung in der unter § 11 vorgegebenen Gliederung, ein Soll/Ist Vergleich der Kostenberechnung und entsprechende Unterlagen zur Abstimmung zum Rechnungswesen anzuschließen bzw. vor Ort bereitzuhalten.

Anträge sind, soweit angeboten, über das Portal Tirol online einzubringen.

## § 8

### Förderungszusage

Sind die Förderungsvoraussetzungen erfüllt, so kann die Landesregierung dem Förderungswerber eine Förderungszusage nach Maßgabe der verfügbaren Mittel für die betreffende Investition erteilen.

## § 9

### Abwicklung der Förderung

(1) Die nicht rückzahlbaren Zuschüsse werden auf der Grundlage gestellter Anträge, nach Maßgabe des Baufortschrittes und nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten zugeteilt.

(2) Die Aufsichtsbehörde (Abteilung Gemeindeangelegenheiten) hat die zu jedem Antrag erforderlichen Unterlagen und/oder bei entsprechendem Baufortschritt die Einhaltung der Bestimmungen der Richtlinien vor Ort zu überprüfen.

## § 10

### Endabrechnung

Die Baukostenendabrechnung umfasst eine Auflistung aller Teilschluss- und Schlussrechnungen in der unter § 11 vorgegebenen Strukturierung. Die Werte der Summenzeilen müssen unter Berücksichtigung der unter § 13 angegebenen Voraussetzungen mit den entsprechenden Zahlen der Auswertungen des Rechnungswesens übereinstimmen.

## § 11

### Kostengliederung der Berichte

(1) *Aufbau der Gliederung (siehe Anlage B)*

Beginnend mit der Kostenschätzung bis zur Endabrechnung ist eine durchgehend einheitliche Gliederung mit Summen je Gliederungsebene zu wählen. Unterste Gliederungsebene innerhalb der Bauabwicklungsdarstellung ist ab der Kostenberechnung bis zum Zuschlag der Vergaben das ausschreibungsgerechte Gewerk und ab den abgerechneten Leistungen die fällig gestellten Rechnungen mit zusammenfassender Summenbildung je ausschreibungsgerechtem Gewerk.

Erfolgt die Vergabe von Aufträgen eines in der Kostenabrechnung ausgewiesenen Gewerkes in zwei oder mehreren Teilen, so ist bei jeder Teilvergabe der jeweilige Wert in Bezug auf das jeweilige Gewerk laut Kostenberechnung anzugeben.

### (2) Vertikale Gliederung

- a) Listung sortiert nach Beschlussdatum der vergebenen Gewerke

Die Beträge „vergebene Gewerke“ müssen mit den Beträgen laut Beschluss übereinstimmen. Der Betrag laut Werkvertrag ist hier nicht anzuführen.

- b) Listung sortiert nach Vergabe der Gewerke laut Leistungsverzeichnis  
Zusätzliche Leistungen die im ursprünglichen Leistungsverzeichnis der Kostenberechnung „Basis JJJJ“ nicht enthalten waren, sind in einer eigenen, besonders gekennzeichneten Zeile, auszuweisen. Für solche zusätzliche Leistungen, die besonders zu begründen sind, ist vor der Vergabe eine entsprechende Bedeckung sicherzustellen.

- c) Zusammenfassung sortiert nach Konten laut Kontorahmen  
Gebäude

Planung, Honorare  
Ausstattung medizinisch  
Ausstattung nicht medizinisch

- d) Summenbildung

1. Gesamtsumme der geschätzten Kosten (bleibt unverändert)
2. Gesamtsumme der Kostenberechnung (aktualisierte Kostenschätzung)
3. Gesamtsumme der vergebenen Gewerke auf Basis der aktualisierten Kostenschätzung
4. Gesamtsumme der vergebenen Gewerke
5. Gesamtsumme der abgerechneten Gewerke

Die Gesamtsumme der abgerechneten Gewerke muss mit der Vorschreibungssumme des Vorhabens im Hauptbuch (End-Teilabrechnung des außerordentlichen Haushaltes je Vorhaben) übereinstimmen.

### (3) Horizontale Gliederung:

Gliederungskennzeichen

Als Kostengliederung sollte eine allgemein anerkannte Gliederung (ÖNORM) gewählt werden.

Laufende Nummer der Leistungen (Gewerke)

Kurzbezeichnung der Leistung

Kostenschätzung mit Angabe des Basisjahres

Kostenberechnung mit Angabe des Basisjahres – aktualisierte Kostenschätzung

Kostenanschlag (Ausschreibung bewertet zu Einheitspreisen) mit Beschlussdatum

Betrag des Kostenanschlages

Beschlussdatum

Vergebene Gewerke (Zuschlag)

Firma

Betrag der vergebenen Leistungen auf Basis der Kostenschätzung

Betrag der vergebenen Leistungen

Beschlussdatum

Abgerechnet

Buchungsbeleg oder anderes eindeutiges Bezugsmerkmal zur Verbuchung im Hauptbuch

Betrag der abgerechneten Leistungen

## § 12

### Mitteilungen des Förderungswerbers

(1) Unabhängig von den laufenden Anträgen ist der Aufsichtsbehörde mindestens einmal jährlich (Stichtag 31. Dezember) ein Bericht mit folgendem Inhalt vorzulegen:

- a) Grundsätzliche Änderungen bzw. aktuelle Informationen zum Vorhaben;
- b) aktuelle Kostengliederung (gemäß § 11);
- c) überarbeiteter Zeitplan bezüglich Bauabwicklung und Finanzierungsmittelbedarf;
- d) Auflistung der Beschlüsse
- e) Unterlagen zur Abstimmung zum Rechnungswesen (Saldenliste)

f) Begründung zu Abweichungen vom Leistungsverzeichnis laut Kostenschätzung zum Basisjahr;

(2) Ergeben sich durch die Abweichung zum Leistungsverzeichnis laut Basisjahr und/oder zum Bauzeitplan eine über den normalen inflationsbereinigten Kostenschätzungsrahmen hinausgehende Kostenüberschreitungen, ist die Tiroler Landesregierung davon umgehend vor Vergabe der betreffenden Leistung und vor Vergabe von weiteren Leistungen in Kenntnis zu setzen. Über die Begründung der Abweichung ist bei Bedarf auf Kosten des Förderungswerbers von einem Sachverständigen ein Gutachten anfertigen zu lassen.

## § 13

### Abstimmungskriterien zum Rechnungswesen

Die abgerechneten Leistungen müssen derart erfasst werden, dass die Erstellung einer periodenbereinigten (mindestens zum 31. Dezember jeden Jahres) Auswertung jederzeit möglich ist.

Der Förderungswerber hat sicherzustellen, dass laufend folgende Übereinstimmungen gegeben sind:

a) Voranschlag: Die Summen der Zusammenfassung laut Kontenrahmen im Zusammenhang mit dem aktuellen Bauzeitplan (Summe der inflationsbereinigten Kostenschätzung für den Voranschlagszeitraum) haben mit den Voranschlagsziffern des laufenden Voranschlages übereinzustimmen.

b) Rechnungsabschluss: Die Gliederungssumme laut Kontenrahmen der Spalten abgerechnete Leistungen hat mit den Summen in der End- oder Teilabrechnung des Vorhabens im Rechnungsabschluss übereinzustimmen.

c) Bestandsverrechnung: Die Gliederungssummen laut Kontenrahmen der Spalten abgerechneter Leistungen haben mit den Summen Anschaffungswerte im Anlageverzeichnis (Inventarverzeichnis) ab Inbetriebnahme übereinzustimmen.

#### § 14

### Kontrolle der Förderungsabwicklung

(1) Der Förderungswerber ist verpflichtet alle Informationen, die für die Beurteilung der Einhaltung dieser Richtlinien erforderlich sind, geordnet, übersichtlich und chronologisch aufzuzeichnen und bereitzuhalten.

Dazu zählen im Wesentlichen:

- a) Beschlüsse der Organe,
- b) behördliche Genehmigungen,
- c) Projekt- und Ausführungsbeschreibung mit Sammlung der zum Stichtag der Kostenschätzung festgesetzten bauspezifischen Standards,
- c) vertragliche Vereinbarungen mit Planer und Sonderfachleuten,
- d) Unterlagen zur Vergabe von Leistungen,
- e) Unterlagen der abgerechneten (bezahlten) Leistungen,
- f) periodische Baumanagementberichte.

(2) Für die Erstellung der Auszahlungsanordnung ist folgendes einzuhalten:

Jede Auszahlung im Zusammenhang mit dem Baugeschehen ist mit einem entsprechenden Formblatt anzuordnen. Es müssen alle laut Musterzahlungsanordnung enthaltenen Angaben angeführt sein.

Die Rechnungsfeststellung (Kontierung) ist auf den Belegen (Rechnung) derart abzuwickeln, dass eine eindeutige und klare Verbindung zur Verbuchung im Hauptbuch (Konto) und der Inventarisierung (MLV-Verzeichnis gemäß KVF) ohne Nebenrechnungen nachvollziehbar ist.

Es wird daher folgende Rechnungsfeststellung für Baurechnungen vorgegeben, die mit den bei größeren Bauabwicklungen üblicherweise eingesetzten Fachleuten (Architekt, Baumeister, Zivilingenieure, Ingenieurkonsulenten) im Vorhinein zu vereinbaren ist.

	Betrag	Konto
1. Geprüfte (berechtigte) Summe laut Rechnung	€	
2. Abzüge: (zum Beispiel)		
Inseratskosten	– €	
Baureinigung	– €	
Bauschäden	– €	
Deckungsrücklass	– €	
usw.		
3. Zwischensumme	€	
4. ...% Skonto	– €	
5. Nettobetrag (Summe lt. HH Konto)	€	5 06..
6. + ... % Mehrwertsteuer	€	9 2701
7. Rechnungsbetrag	€	
8. abzüglich Haftungsrücklass	– €	0 3655
9. abzüglich Akontozahlung (Angabe der Teilrg. Nr. 1 bis lfd.)	– €	
10. Summe Ausgabe	€	0 3300
		0 3310
Gegenverrechnung:		
11. Summe Einnahme	– €	0 8292
12. Summe Auszahlungsbetrag	€	0 3300
	€	0 3310

13. Zusatzvermerke für Haftungsbriefe inländischer Kreditunternehmungen: Haftungsrücklass .....%, Laufzeit ..... (über gesamten Rechnungsbetrag inkl. MWSt.)

14. Angabe der Vergabenummer (lfd. Nr. lt. Leistungsverzeichnis), Vergabedatum (Beschlussdatum) Ablagehinweis der Vergabeunterlagen usw.

15. Unterschrift für die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Rechnungsfeststellung

16. Weitere Angaben und Bearbeitungskennzeichen sowie die Auszahlungsanordnung werden durch die Krankenhausverwaltung erstellt

### Erläuterungen:

#### zu 1.: Summe laut Rechnung

Grundsätzlich sollte je Auszahlung ein Vordruck ausgefüllt werden.

Ist aufgrund des vorgegebenen Kontenrahmens des Krankenhauses auf mehreren Konten zu buchen, so ist entweder je Konto eine Auszahlungsanordnung auszustellen oder der Nettobetrag (Punkt 5) geteilt je Konto laut Kontenrahmen des Krankenhauses anzugeben.

Unabhängig vom Kontenrahmen soll eine Trennung (lt. MLV-Verzeichnis gemäß KVF) in bewegliche und unbewegliche Anlagegüter erfolgen und ordnungsgemäße Inventarisierung und Führung des Anlageverzeichnisses möglich zu machen.

Anzuführen ist der geprüfte oder auch berechnete Rechnungsbetrag nach Abzug aller Konditionen wie Rabatte, Verhandlungsabzüge usw. Der Skonto ist hierbei noch nicht in Abzug zu bringen.

#### zu 2.: Abzüge

Grundsätzlich dürfen hier nur jene Abzüge berücksichtigt werden, die den geltenden Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes entsprechen. Je nach Vereinbarung sind daher anteilige Kosten vom Bauherren in Rechnung zu stellen und zusammen mit der Auszahlungsanordnung durch eine Einnahmeanordnung mit dem Zahlungsbetrag gegen zu verrechnen.

Die Abzüge (zum Beispiel: Inseratkosten, Baureinigung, Bauschäden usw.) sind vom Nettobetrag zu berechnen. Die im Zusammenhang mit den Abzügen stehenden Ausgaben sind als Bauausgaben zu verbuchen. Die Verrechnung oder Evidenthaltung ist außerhalb des Hauptbuches durchzuführen.

#### Deckungsrücklass (ÖNORM B 2110)

Der Auftraggeber ist berechtigt, als Deckung für Ungenauigkeiten der Abschlagsrechnungen einen Deckungsrücklass von 7% (falls im Vertrag nichts anderes vereinbart ist) des Rechnungsbetrages (ohne Umsatzsteuer) einzubehalten, falls nicht als Ersatz hierfür eine andere Sicherstellung (Bargeld, Haftbrief) erbracht wird.

Bei Umsatzsteuerabschlags- und Regierechnungen ist kein Deckungsrücklass einzubehalten.

Der Deckungsrücklass ist mit der Schluss- bzw. Teilschlussrechnung abzurechnen.

#### zu 4.: Skonto (VRV, KVF)

Gleichgültig welche Methode der Skontoverbuchung (ÖPWZ-, RLG- oder andere Methoden) angewendet wird, ist grundsätzlich der Nettobetrag (nach Abzug des Skontos) auf der jeweiligen Haushaltsstelle zu verbuchen.

Das so genannte Aufwandskonto „Nicht in Anspruch genommene Skonten“ ist durch Umbuchung auf dem entsprechenden Investitionshaushaltskonto aufzulösen.

#### zu 8.: Haftrücklass (ÖNORM B 2110)

Der Auftraggeber ist berechtigt, einen Haftrücklass von 3% (falls im Vertrag nicht anderes vereinbart ist) des Betrages der Schluss- bzw. Teilschlussrechnung (einschließlich Umsatzsteuer siehe Erlass Nr. 261/1988, Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung, 118. Stück vom 29. Juli 1988) einzubehalten, falls nicht als Ersatz hierfür eine andere Sicherstellung (Bargeld, Haftbrief) erbracht wird.

Der Haftrücklass ist, soweit er nicht durch Ansprüche aus einer Gewährleistung in Anspruch genommen wird, spätestens einen Monat nach Ablauf der Gewährleistungsfrist freizugeben, und aus dem Durchlaufkonto „0 3655 Haftrücklass“ auszubehalten.

Erfolgt ein Anspruch aus der Gewährleistung, so ist der entsprechende Betrag nach dem Bruttoprinzip aus dem Durchlaufkonto (0 3655) auf das Konto „Rücksätze von Ausgaben“ im außerordentlichen (6 8280) oder ordentlichen Haushalt (2 8280) unter Berichtigung der Vorsteuer umzubuchen.

#### zu 9.: Abschlagsrechnungen

Werden Zahlungen zu Abschlagsrechnungen geleistet, so ist je Auftrag und/oder je Auftragnehmer ein Verzeichnis der geleisteten Zahlungen zu führen. Die Auflistung der einzelnen Zahlungen zu Abschlagsrechnungen ist nach Auszahlungsdatum geordnet und fortlaufend nummeriert darzustellen.

Mit der Rechnungsfeststellung sind immer die Nummern der bisher geleisteten Akontozahlungen und der Betrag in Summe anzuführen.

Die Akontozahlungen sind haushaltswirksam auf der Haushaltsstelle „5 0612 Anzahlung für in Bau befindliche Anlagen“ zu verbuchen und mit Bezahlung der Schlussrechnung aufzulösen.

Die in der Schlussrechnung ausgewiesenen Gesamtbeträge sind auf dem entsprechenden Konto in Summe zu verbuchen. Gleichzeitig sind die zur jeweiligen Schlussrechnung verbuchten Teilzahlungen auf dem Teilzahlungskonto zu stornieren.

Formularentwurf: (siehe Anlage A)

Der nicht umrandete Teil ist von der Bauaufsicht (Ziviltechniker) auszufüllen und ist mit der Unterschrift (voller Namenszug) „für die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Rechnungsfeststellung“ zu bestätigen.



Der doppelt umrandete Teil ist sodann von der Krankenhausverwaltung auszufüllen und ist mit der Unterschrift (voller Namenszug) „Sachliche, rechnerische Richtigkeit der Z-Anordg.“ zu bestätigen.

Wird kein Ziviltechniker eingesetzt, ist der gesamte Vordruck von der Verwaltung entsprechend auszufüllen.

Unter „Eingelangt“ ist das Datum des Einlangens der Rechnungsfeststellung zur Auszahlung in der Krankenhausverwaltung anzuführen (Einlaufstempel).

#### § 15

##### **Ablage**

Alle Unterlagen zur Vergabe von Leistungen sind je Vergabe zusammengefasst, geordnet und vollständig analog zum Leistungsverzeichnis derart abzulegen, dass sie von einem sachverständigen Dritten unter Zuhilfenahme des Leistungsverzeichnisses auffindbar sind und überprüft werden können.

Die Originalbelege (Rechnungen Bankgarantie, Lieferschein usw.) der abgerechneten Leistungen samt den laut Rechnungsfeststellung erstellten Auszahlungsanordnungen sowie Bankauszahlungsbelegen oder Banksammelanweisungslisten sind am Ort der Buch führenden Stelle derart abzulegen, dass sie von einem sachverständigen Dritten unter Zuhilfenahme des Hauptbuches auffindbar sind und überprüft werden können.

Alle Protokolle der von den zuständigen Organen (GV-Versammlung, GV-Ausschuss, GV-Vorstand, Bauausschuss) im Zusammenhang mit dem Vorhaben getroffenen Beschlüsse sind fortlaufend zu nummerieren und derart abzulegen, dass die Vollständigkeit der Vorhabensbeschlüsse jederzeit ersichtlich ist und ein gewünschter Beschluss sofort vorgelegt werden kann (Index).

#### § 16

##### **Kostensatz**

Die Kosten, die für die Beurteilung der nach diesen Richtlinien vorgelegten Daten erforderlichen Sachverständigengutachten sind vom Förderungswerber zu bezahlen.

#### § 17

##### **Wirksamkeitsbeginn**

Förderungen aus der Krankenhaus-Investitions-Förderung werden für Investitionen gewährt, die nach dem 1. Juli 1984 getätigt wurden.

Die Richtlinien zur Krankenhaus-Investitions-Förderung treten an die Stelle und in Fortsetzung der laufenden Verfahren der Förderung aus dem Krankenhaus-Investitionsförderungs-Fonds.

#### BEGRIFFSBESTIMMUNGEN:

Nach Möglichkeit wurden die Fachbegriffe aus bestehenden Gesetzen oder der entsprechenden ÖNORM entnommen.

##### *Ausschreibungsgerechtes Gewerk:*

Durch die Formulierung ausschreibungsgerechtes Gewerk soll gewährleistet werden, dass eine übersichtliche und durchgängige Verfolgung der Kostenentwicklung ausgehend von der Kostenberechnung über die Ausführung bis zur Abrechnung möglich wird. Es soll bei der Erstellung der Kostenberechnung daher möglichst jene Feingliederung der Gewerke angewendet werden, wie sich die Gliederung der Gewerke in der Endabrechnung letzten Endes darstellen wird. Diese straffe Organisationsvorgabe soll jedoch nicht sinnvolle und notwendige Veränderungen verhindern. Durch diese Darstellung soll erreicht werden, dass in einer Phase der Bauabwicklung die Kostenüberwachung ermöglicht wird und Änderungen jederzeit nachvollzogen werden können.

##### *Investitionen:*

Durch die Umschreibung des Förderungsgegenstandes im § 3 Abs. 1 soll vermieden werden, dass durch eine Förderung eine Verkürzung der Bemessungsgrundlage für den Betriebszuschuss aus der Leistungsabteilung eintritt. Es sollen daher durch diese Richtlinie nur jene Investitionen gefördert werden, die entweder im § 3 Abs. 2 dieser Richtlinien nicht ausgenommen wurden oder die zur bundeseinheitlichen Ermittlung der Betriebsergebnisse der Krankenanstalten nicht als Ersatzanschaffung und/oder Instandsetzungsaufwand einzurechnen sind.

##### *Investitionsausgaben:*

Investitionsausgaben sind alle durch eine Rechnung belegten, erbrachten und überprüften Lieferungen oder Leistungen für förderungswürdige Investitionen. Als Bemessung für die Förderung sind alle betreffenden Rechnungen (Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnungen) einzubeziehen. Für die Erstellung der Berichte und der Bemessungen der Zuschussrechnung gilt in Zweifelsfällen als Abgrenzungskriterium das Rechnungsdatum der letzten gültigen Rechnung.

##### *Investitionsbeitrag des Rechtsträgers (Gemeinden):*

Durch die Einbeziehung des Rechtsträgers unabhängig von bestehenden Baurücklagen in die Finanzierung analog zum Landeszuschuss – also bereits ab Baubeginn bis zur Fertigstellung und nicht erst bei Fertigstellung

*Fortsetzung auf Seite 9*

Anlage A

.....  
 (Angabe der Gemeinde oder des Verbandsnamens mit Standort)

Eingelangt

**AUSZAHLUNGSANORDNUNG**

Beleg- /Buchungsnummer.....	Haushaltsjahr .....
Beschlussdatum.....	Fälligkeit .....
an/von..... .....	Personenkonto.....

Bauvorhaben: .....

Auftrags- Vergabenummer:.....

Betrag

Geprüfte (berichtigte) summe laut Rg.

€

Abzüge: .....

-€

Deckungsrücklass

-€

Zwischensumme

€

...% Skonto

-€

Nettobetrag (Summe lt. HHKonto)

€

Konto

5 06..

Nettobetrag (Summe lt. HHKonto)

€

5 06..

Nettobetrag (Summe lt. HHKonto)

€

5 06..

Nettobetrag (Summe lt. HHKonto)

€

5 06..

+....% Mehrwertsteuer

€

9 2701

Rechnungsbetrag

€

abzüglich Haftungsrücklass

-€

0 3655

abzüglich Akontozahlung(en)

(Angabe der Teilrg. Nr. 1 bis ...)

-€

Summe Ausgabe

€

0 3300

Gegenverrechnung laut beiliegender Vorschreibung

Summe Einnahme

€

6 8292

Haftungsvermerke:

.....  
 Für die sachliche und rechnerische Richtigkeit  
 der Rechnungsfeststellung

..... Sachliche, rechnerische Richtigkeit der Zahlungsanordnung.		..... Datum		..... (Bgm./Obmann)	
Bauvorhaben	Haftung	Inventar	gebucht	geprüft	





eines Vorhabens – soll eine möglichst kostengünstige Finanzierung erreicht werden. Als jährlicher Richtwert ist die Hälfte des Finanzierungsanteiles der Gemeinden geteilt durch die Anzahl der Bauzeitjahre anzusetzen. Dadurch wird der Finanzierungskostenanteil für den Rechtsträger (Gemeinden) und damit der Schuldendienst erheblich reduziert.

#### *Kostenanschlag:*

Laut Begriffsbestimmung der ÖNORM 1801-1 erfolgt die Kostenermittlung des Kostenanschlages auf Basis der Ausführungsplanung, der Leistungsbeschreibung und des Ausführungssterminplanes.

Grundlagen sind die Ausführungsplanung mit Angaben über Nutzungsarten und Räume mit Qualitätsangaben (Raum- und Funktionsprogramm) und die Leistungsbeschreibung gegliedert nach Leistungspositionen mit Qualitätsangaben.

Als Leistungsposition wird nach dieser Richtlinie das ausschreibungsgerechte Gewerk festgesetzt.

#### *Kostenberechnung:*

Grundlagen sind die Entwurfsplanung mit Angaben über Nutzungsarten und Räume mit Qualitätsangaben (Raum- und Funktionsprogramm) und abweichend zur ÖNORM eine Leistungsbeschreibung gegliedert nach Leistungspositionen mit Qualitätsangaben.

Als Leistungsposition wird nach diesen Richtlinien das ausschreibungsgerechte Gewerk festgesetzt.

#### *Kostenkontrolle:*

Vergleich (Soll-/Ist-Vergleich) einer aktuellen mit einer früheren Kostenermittlung.

Sie wird zwischen jeder Phase der Kostenermittlung im Genauigkeitsgrad der ausschreibungsgerechten Gewerke in der Zeit der Bauabwicklung zu den vorgegebenen Stichtagen durchgeführt.

Der Gesamtkostenvergleich zum jeweiligen Stichtag, also die Gegenüberstellung der

Summe laut Kostenabrechnung – Preisbasis zum Projektbeginn

Summe der davon vergebenen Aufträge auf Basis der aktualisierten Kostenberechnung

Summe der vergebenen Aufträge (Werkverträge) und

Summe der abgerechneten Aufträge (Investitionsausgaben)

dient im Wesentlichen zur Beurteilung der Einhaltung der berechneten Herstellungskosten und in Verbindung mit den Abweichungen je Gewerk als Beurteilungsbasis für einen rechtzeitigen und gezielten Eingriff in die Entwicklung der Vorhabenskosten.

#### *Vorbaben:*

Als Vorhaben ist das/die zum Zeitpunkt des Bewilligungsverfahrens definierte Bauvorhaben (Objekt) oder Lieferung zu verstehen. Für jedes Vorhaben ist eine klare abgegrenzte Objektbeschreibung und -abwicklung und nach Abschluss die entsprechende Abrechnung vorzulegen.

## 42.

### Verpackungen – Entsorgung nach dem Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz

§ 10 Abs. 1 des Tiroler Abfallwirtschaftsgesetzes (TAWG), LGBl. Nr. 50/1990, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 44/2003, lautet wie folgt:

„Unbeschadet bundesrechtlicher Vorschriften müssen alle Abfälle nach den Bestimmungen dieses Gesetzes und der in seiner Durchführung erlassenen Verordnungen eingesammelt und abgeführt werden, soweit im Abs. 2 nichts anderes bestimmt ist“.

§ 1 der Verordnung, mit der ein Abfallwirtschaftskonzept erlassen wird (kurz: TAWK), LGBl. Nr. 1/1993, zuletzt geändert durch die Verordnung LGBl. Nr. 54/2006, lautet wie folgt:

„§ 1

#### Getrennt zu sammelnde Abfälle

(1) Verpackungsabfälle aus Glas, Papier, Metall (Haushaltsschrott und Kunststoff) sowie Verbundstoffe sind getrennt zu sammeln und in die dafür vorgesehenen Sammel- und Verwertungssysteme einzubringen. Im Übrigen gilt die Verpackungsverordnung 1996, BGBl. Nr. 648, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 440/2001.

(2) Nicht der VerpackungsVO 1996 unterliegende Abfälle aus Glas, Papier und Metall (Haushaltsschrott) sowie kompostierfähige Abfälle sind nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abschnittes zum Zweck einer stofflichen Verwertung getrennt zu sammeln.“

Die Zusammenschau der zitierten Bestimmungen ergibt, dass für Verpackungsabfälle aus Glas, Papier, Metall (Haushaltsschrott) und Kunststoff grundsätzlich die VerpackungsVO 1996 gilt. Die Vorschriften der zitierten VO werden nur dahingehend ergänzt, als § 1 Abs. 1 TAWK eine Trennverpflichtung ausdrücklich vorschreibt. Durch eine Übernahme dieser Trennverpflichtung in die Müllabfuhrordnung ist ein Zuwiderhandeln als Verwaltungsübertretung nach § 27 Abs. 2 lit. d TAWG zu qualifizieren.

Darüber hinaus sind auf Verpackungsabfälle aus den im § 1 Abs. 1 TAWK genannten Materialien die Bestimmungen des dritten Abschnittes des TAWG nicht anzuwenden.

Abteilung Umweltschutz  
Zahl U-3000a/212 vom 14. Juli 2006

## 43.

### Wildbach- und Lawinenverbauung und Sachverständigengutachten

Nach Rücksprache mit dem BMLFUW, dem Landesamtsdirektor von Tirol und diversen Urgenzen verschiedener Behörden bezüglich der derzeitigen Vorgangsweise ergibt sich nachfolgender Sachverhalt:

Rechtliche Grundlage für das Einheben von Kommissionsgebühren bildet die Bundes-Kommissionsgebührenverordnung 1976 (BKommGebV 1976). Verantwortlich für das Einheben der Kommissionsgebühren ist die jeweilige Behörde. Das Einheben und Abführen der Kommissionsgebühr liegt daher nicht im Verantwortungsbereich jener Dienststelle, welche die Sachverständigen für die verschiedensten Verfahren im Weg der Amtshilfe zur Verfügung stellt.

Es ist somit ausdrücklich nicht Aufgabe der WLW, das Einheben und Abführen der Kommissionsgebühr zu betreiben und zu organisieren.

Folgende einheitliche Vorgangsweise wird somit künftighin festgelegt:

Nach § 1 der Kommissionsgebührenverordnung 1976 ist Kommissionsgebühr für jene Amtshandlungen zu

entrichten, welche außerhalb des Amtes vorgenommen werden (mündliche Verhandlung oder Augenschein). Diese aufgewendete Zeit ist somit dem Verhandlungsleiter entweder bei der Verhandlung oder im Rahmen des Gutachtens mittels Fußnote bekannt zu geben.

Dabei wird folgender Text vorgeschlagen:

„Für die Erstellung von Befund und Gutachten wurden xxxx, angefangene halbe Stunden vor Ort erbracht. Anfallende Kommissionsgebühren sind auf das PSK-Konto 5060784, Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Tirol, einzuzahlen.“

Mit dieser eindeutigen Regelung ist die Verantwortung der WLW als jene Dienststelle, die die Sachverständigen für verschiedene Verfahren im Weg der Amtshilfe zur Verfügung stellt, Genüge getan.

Die weitere Verantwortung liegt im Bereich der jeweiligen Behörde.

Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Tirol,  
Zahl 313/7-2006 vom 12. Juli 2006

## 44.

### Richtlinien für gemeinnützige Hilfstätigkeiten von Asylwerbern

Die gemeinnützigen Hilfstätigkeiten sind ausschließlich für Bund, Länder und Gemeinden erlaubt. Das Grundversorgungsgesetz nennt als Beispiele für solche gemeinnützige Hilfstätigkeiten Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung, Betreuung von Park- und Sportanlagen und Unterstützung in der Administration. Nicht darunter fallen jedenfalls Tätigkeiten, die üblicherweise in einem Arbeitsverhältnis ausgeübt werden, wie Saison- und Erntearbeit.

Gemeinnützige Hilfstätigkeiten begründen kein Dienstverhältnis und bedürfen daher keiner ausländerbeschäftigungsrechtlichen Erlaubnis. Auch eine Meldung an das Arbeitsmarktservice ist nicht erforderlich. Die für den Asylwerber zuständige Betreuungseinrichtung des Bundes oder Landes muss von der Heranziehung zu Hilfstätigkeiten Kenntnis haben. Für diese Hilfstätigkeiten können alle in einer Betreuungseinrichtung des Bundes oder Landes untergebrachten Asylwerber, unabhängig vom Stand des Zulassungsverfah-

rens, herangezogen werden; Asylwerber, die in privaten Einrichtungen untergebracht sind, jedoch erst, wenn der Asylantrag zugelassen wurde.

Der für solche Tätigkeiten gewährte Anerkennungsbeitrag (Remuneration) unterliegt nicht der Sozialversicherungs- und Einkommenssteuerpflicht.

Bezüglich der Höhe des Anerkennungsbeitrags gibt es derzeit keine verbindliche Regelung. Die Festsetzung des Betrages obliegt der Gebietskörperschaft, die den Asylwerber heranzieht. Als Richtwert kann der in der außer Kraft getretenen Bundesbetreuungsverordnung 2004 für gemeinnützige Tätigkeiten von Asylwerbern festgesetzte Stundensatz von € 3,- bis € 5,- weiter beachtet werden. Da der Anerkennungsbeitrag nicht als Entgelt gilt, wird er auch nicht mit Leistungen der Grundversorgung aufgerechnet.

Der zeitliche Umfang für die Hilfstätigkeiten ist derzeit nicht begrenzt.

## 45.

### Aktion Kunst im öffentlichen Raum

Es wird darauf hingewiesen, dass die Einreichfrist für die Projekte im Rahmen der Aktion Kunst im öffentlichen Raum bis zum 31. Dezember 2006 verlängert wird.

Die Projekte können bei der Abteilung Kultur im Amt der Tiroler Landesregierung eingereicht werden. Nähere Informationen können dem Merkblatt für die

Gemeinden Tirols, Mai 2006, Beitrag Nr. 26, entnommen werden.

Für weitere Informationen steht  
**Frau Mag. Verena Bäumler,**  
Abteilung Kultur, Tel. 0512 508 3765,  
E-Mail: v.baeumler@tirol.gv.at,  
gerne zur Verfügung.

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR JULI 2006**  
(vorläufiges Ergebnis)

	Juni 2006 (endgültig)	Juli 2006 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	101,7	101,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	112,5	112,4
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	118,4	118,3
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	154,8	154,6
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	240,6	240,4
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	422,3	421,8
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	538,0	537,5
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	539,7	539,2

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Juli 2006 beträgt 101,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juni 2006 (101,7 endgültige Zahl) um 0,1% rückläufig (Juni 2006 gegenüber Mai 2006: +0,1%). Gegenüber Juli 2005 ergibt sich eine Steigerung um 1,5% (Juni 2006/2005: +1,5%).

**Erscheinungsort Innsbruck**  
**Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck